

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	31. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	15. November 2016, 09:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 117 (S. 241): Eingliederungshilfen: Aufstockung Fallpauschale pädagogische Hilfe von 460 Euro/Monat auf 560 Euro/Monat (KULT)

Antrag Nr. 118 (S. 241): Eingliederungshilfen: Flexible Verwendung pädagogische und begleitende Hilfe (KULT)

Stadtrat Braun (KULT): Es sind für Kinder mit Behinderung, die einen Regelkindergarten besuchen, begleitende und pädagogische Eingliederungshilfen. Die Pauschalen für die pädagogischen Hilfen müssen jedoch stetig überdacht werden, wurden sie jedoch seit vielen Jahren nicht mehr. Heilpädagogische Anbieter werden trotzdem stetig teurer. Werden die Pauschalen also nicht an die Kostensteigerungen angepasst, kommt de facto weniger Geld beim Kind an. Das kann es nicht sein.

Denn diese betroffenen Kinder haben ein Anrecht auf vollumfängliche Inklusion. Es ist Zeit, die Pauschalen endlich wieder an die tatsächlichen Umstände anzupassen, wenn wir die Eltern nicht noch mehr als ohnehin schon belasten wollen. Aktuell liegen die Pauschalen für pädagogische Hilfen noch unter dem Niveau der Städte in der Region. Zusätzlich halten wir es für richtig, dass Eltern die Gelder für pädagogische und begleitende Hilfen je nach Bedarf flexibel verwenden können. Dies wäre ohne Mehrausgaben zu realisieren.

Aktuell zahlen wir maximal 390 Euro im Monat für die begleitende Hilfe aus. Diese Summe deckt allerdings nicht einmal zur Hälfte die Kosten für beispielsweise eine FSJ-Kraft, die in vielen Fällen zur Umsetzung der begleitenden Hilfe notwendig ist. Es kann auch nicht der richtige Weg sein, Kitas aus Kostengründen nahezulegen, einfach weitere behinderte Kinder aufzunehmen, weil dies oftmals an den Möglichkeiten der Einrichtungen sowie an den Bedarfen der Kinder vorbeigeht. Die Bedarfe der behinderten Kinder sind sehr individuell. Wenn nun ein Kind hohen Bedarf an der pädagogischen Hilfe, weniger aber an der begleitenden Hilfe hat oder anders herum, sollte es ihm möglich sein, flexibel mit den Pauschalen umzugehen.

Vor allem auch, weil keine Mehrausgaben zustande kämen, können wir keinen Grund sehen, dem Antrag heute nicht zuzustimmen.

Stadtrat Dr. Müller (CDU): Wir schließen uns in dem Fall der Antwort der Verwaltung an. Denn hier wird auch deutlich geschrieben, im Vergleich mit anderen Städten und Landkreisen in Baden-Württemberg garantiert die Stadt Karlsruhe ein hohes Leistungsniveau im Rahmen der Kindergartenintegration. Das sehen wir ebenso. Deswegen wäre kein Sachgrund vorhanden für eine Anhebung der Pauschale. Das gleiche bezieht sich auch auf den nächsten Antrag, den wir ablehnen.

Stadträtin Melchien (SPD): Ich habe eine Nachfrage. Es wurde gerade von Stadtrat Braun gesagt, dass es keine Mehrausgaben nach sich zieht. Laut unserer Information sind die durchaus im sechsstelligen Bereich. Das macht natürlich einen Unterschied für die Frage, wie wir hier abstimmen.

Ganz grundsätzlich finde ich es wichtig, dass die Verwaltung diese Fallpauschalen regelmäßig überprüft und gegebenenfalls anpasst. 2003 ist schon eine lange Zeit her. Da würden wir durchaus die Verwaltung bitten, das zu überprüfen. Jetzt wurde uns aber gezeigt, wir liegen durchaus im Mittelfeld. Von daher können auch wir die Antwort der Verwaltung nachvollziehen und denken, einer pauschalen Erhöhung um 50 oder 100 Euro, die Mehrkosten im sechsstelligen Bereich nach sich zieht, können wir nicht so locker zustimmen. Das sollte man vielleicht einmal im Ausschuss dargestellt bekommen.

Stadträtin Rastätter (GRÜNE): Wir GRÜNEN halten die beiden Anträge der KULT-Fraktion für berechtigt. Wir hatten das Thema schon einmal im Jugendhilfeausschuss gebracht. Dort wurden uns auch die Zahlen aufgezeigt. Ich hatte auch Gespräche mit der Trägerkonferenz der Kindertagesstätten geführt. Es ist in der Tat so, dass die pädagogischen Hilfen mit 460 Euro pro Kind dann ausreichen, wenn eine Einrichtung mehrere behinderte Kinder aufnimmt, z. B. der Kindergarten der Lebenshilfe. Der inklusive Kindergarten kommt mit diesen Pauschalen sehr gut zurecht. Bei anderen Kindergärten ist es in der Tat schwierig.

Wir könnten heute zustimmen, wenn Sie sich bereit finden würden, 50 Euro zusätzlich zuzustimmen. Es ist in der Tat so, bei 100 Euro würden wir uns an die Spitze aller Städte stellen. Der Sprung angesichts der hohen Kosten erscheint uns doch, ohne dass wir das Thema noch einmal detailliert weiterverfolgen, zu hoch. Aber bei 50 Euro zusätzlich würden wir uns dann quasi den Städten nähern, die tatsächlich schon höhere Fallpauschalen bezahlen.

Was die begleitenden Hilfen anbelangt, wo jetzt nicht die pädagogischen fachlich qualifizierten Kräfte erforderlich sind, da ist die Flexibilisierung sehr wichtig. Deshalb stimmen wir dem Antrag natürlich auf jeden Fall zu. Aber bei den pädagogischen Hilfen ist es in der Tat so, dass im Schnitt eine höhere Summe erforderlich ist, damit die Einrichtungen auch wirklich qualifizierte Kräfte beschäftigen können. Denn die sind die Voraussetzung, dass dann die Inklusion tatsächlich gelingen kann. Also unser Angebot: Zunächst einmal der nächste Schritt mit 50 Euro.

Stadtrat Cramer (KULT): Meine Fraktion würde dann ihren Antrag im Original so nicht mehr zur Abstimmung stellen wollen, sondern wir würden dem Antragsvorschlag der GRÜNE-Fraktion folgen.

Bürgermeister Lenz: Ich kann es kurz machen. 154 Kinder sind betroffen. Die ursprünglich beantragte Erhöhung würde pro Jahr 184.000 Euro ausmachen, wenn Ihr ursprünglicher Antrag zum Tragen käme.

Der Vorsitzende: Wenn Sie es auf 50 Euro reduzieren, ist es dann vermutlich die Hälfte.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Antrag Nr. 117 ist dahingehend verändert, dass es nicht auf 560 Euro sondern auf 510 Euro pro Monat erhöht wird. So habe ich das jetzt verstanden. Da bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Dann habe ich 16 Zustimmungen, 1 Enthaltung. Das ist mehrheitlich **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag Nr. 118, flexiblere Verwendung: Das sind 16 Zustimmungen und 1 Enthaltung. Der Rest ist **Ablehnung**.

(...)